Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 2
Telegramm-Adresse: Saar-Post
Fernsprecher 70 und 82. Postscheck 39

DESPAT ATQUE TOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.20.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Pfg.

Nr. 56 — Saarlouis, Donnerstag, den 7. März 1929. — 58 Jahrgang

Ein großer Tag in Genf.

Stresemann über die Minderheitenfrage.

Um die kanadischen Vorschläge.

Die Versöhnungsrede.

Genf, 6. März. Das Hauptinteresse bei der heutigen Debatte über die Minderheiten konzentriert sich auf die Versöhnungsrede. Auf seiten der Großmächte dürfte seine grundsätzliche Stellungnahme gegen die kanadischen Vorschläge zu erwarten sein, während über die Haltung Polens noch nichts bekannt ist. Gegenüber den Stellungnahmen, die Aussprache schon in der jetzigen Tagung abgeschlossen, wird auf die gestrige Mitteilung Chamberlains hingewiesen, daß in der gegenwärtigen Tagung noch keine Lösungen gefunden werden können.

Die Streitfragen werden in seiner Rede auch die deutsche Stellungnahme zur Verfahrensfrage erörtern. Zum Schluß wird er ganz bestimmte Konklusionen in Form von Vorschlägen vorbringen.

Bei der gestrigen Unterredung Stresemann-Briand hob, wie in den Kreisen der deutschen Delegation verlautet, alle schwierigen Fragen besprochen worden. Obgleich Einzelheiten nicht bekannt werden, ist doch anzunehmen, daß eine positive Führung der in Lugano erfolgten Besprechungen über die Rheinland- und die Abrüstungsfrage vor Rätselhaft der Arbeiten der Pariser Sachverständigen nicht erfolgen kann.

Briand — Stresemann.

Paris, 6. März. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Matin" glaubt voraussagen zu können, daß die Minderheitsfrage im Laufe dieser Nachtagung nicht gereglt werden könne, sondern einer Unterkommission überwiesen werde, falls trotzdem, weil Chamberlain sie für so wichtig hält, um in einer Tagung erschöpft werden zu können.

Ueber die Unterredung Briand—Stresemann glaubt der Berichterstatter mitteilen zu können, daß Briand versuche sich über die Rolle des Völkerbundes. Wenn der Völkerbund den Schutz der Minderheiten grundsätzlich, so gerade deshalb, ihre Wiederentrechtung mit dem Staate, von der sie abhängen, herbeiführen und die für den Frieden gefährlichen Reime zu ersticken. Dr. Stresemann stellt sich das Gegenteil vor, er aber besser gelegt hat mehrere Punkte, welche, daß der Bund hinsichtlich die nationalen Herde im Hinblick auf einen künftigen eventuellen Separatfrieden erhält. Dadurch ist man also nicht einig, denn Briand sei der Ansicht, daß jeder Beschluß des Völkerbundes betreffend die Minderheiten mit nachfolgender Formel eingeleitet werden müsse: „Um die nationale Minderheit mit dem Staate auszuführen, beschließt der Völkerbund . . . usw."

Die Ratstagung über die Minderheitenkonferenz.

Genf, 6. März. Das starke Interesse und die große Spannung für die heute am Ratstisch beginnende grundsätzliche Aussprache über das Minderheitenproblem auf Grund des deutschen und des kanadischen Antrags hat einen unfaßbaren Andrang von Publikum und Presse gezeitigt. Die Halle und Wandelgänge des Völkerbundspalastes sind überfüllt, wie das zur an großen Tagen der Fall ist. Journalisten und Politiker bieten internationaler Zeitungen bedeutsamen Ausführungen des voraussichtlichen Gang der bevorstehenden Debatte. Sicherlich sind zu der bevorstehenden grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Minderheitenfrage auch manche Vertreter der Minderheitenbewegung aller Länder hierhergekommen, besonders der Präsident des nationalen Minderheitenkongresses Dr. Kraft.

In vertraulicher Sitzung beschäftigte der Rat zunächst den Bericht des Zirkularkomitees über den kanadischen Antrag auf sofortige Zuziehung zu der Minderheitenbeschäftigung. Der kanadische Antrag entspricht einem Beschluß des Zirkularkomitees zunächst abgelehnt, da im jetzigen Stadium die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 4 nicht bestehen.

Kurz nach 11.30 Uhr trat der Rat in die öffentliche Sitzung ein. Die öffentliche Sitzung zeigt das Bild eines ganz großen Tages.

Die Mitglieder der Delegationen, die bisher Platz abhielten, dürfen also jetzt nach Genf gekommen sind, wohl zum größten Teil wieder der Sitzung bei. Auch das Perso-

nal des Völkerbundssekretariats (?) in dieser geschichtlichen Stunde das Nichtstun und sind der ständigen Tätigkeit gehörte des Völkerbundes für verletzen als sonst. Das kanadische Nationalgefühl Dankbarkeit begann seiner mit der Begründung seiner bekannten Anträge zur Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden. In gedrängter Form gab er zunächst eine Wiederholung der in seiner Denkschrift entwickelten Begründung und betonte zum Schluß: Gerechtigkeitsinn und Pflichtgefühl gegenüber dem Völkerbund haben mich zu meinen Vorschlägen veranlaßt. Ich glaube, daß der Völkerbund und dem Geiste der Minderheitenregeln schon manches gute Werk getan. Das Dunkel und das Schweigen, das seine Beratungen über die Minderheitenfragen umgibt, haben aber den Wunsch aufkommen lassen können, daß er seiner Pflicht nicht in jener Weise erfüllt. Um jede Art von Beschleunigung zu verhindern, und den Beschwerdeführern von Minderheiten jede Gelegenheit zu geben, Wünschen einer Berichtigung zu nehmen, hat Kanada diesen Problem seine besondere Wahrnehmung gedenkt und seine Anträge eingebracht. Das geringste, das die Minderheiten vom Völkerbund erwarten können, ist, daß alle offiziellen Mitteilungen Mittel und Wege zur Verfügung haben, um ist, über die Lage der Minderheiten im Falle von Beschwerden zu unterrichten.

Unter angeführten Autorenfunktionen des gesamten Saales erzielt Kanada ein, was wir die deutsche Regierung, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, das Wort:

Dr. Stresemann ging einleitend auf die Entwicklung der Minderheitenfrage in den letzten Jahren ein. Er prä isierte den deutschen Standpunkt und betonte, wenn es sich bei den Minderheitenbestimmungen um eine Art Uebergangsregelung handle, so sei das der Zweck habe, die Minderheiten in die Gemeinschaften ihrer Staaten aufgehen zu lassen, so müsse er dem auf das bestimmteste widersprechen. Nach längeren Ausführungen, in denen der Minister besonders das Verfahren der Minderheitsbeschwerden behandelte, stellte er dem Rate folgende Vorschläge zur Erwägung:

1. Eine Besserung des normalen Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitsbeschwerden.

2. In Aussicht zu nehmen, daß die bisher größte Haltung der beteiligten Nationen bei Minderheitenbeschwerden durch ihre Hinzuziehung ersetzt wird.

3. Zu prüfen, in welcher Wise der Völkerbund seiner Garant-Pflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.

Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der kulturelle Friede der Völker unterminander stärker als Paragraphen für den Frieden wirken.

Der Eindruck der Rede Stresemanns.

Genf, 6. März. Die in deutscher Sprache gemachten und in der Sache sehr wohlgegründeten Ausführungen des Reichsaußenministers wurden nicht in englischer Sprache, sondern auch am Katedrik tiefen Eindruck. Die französische Uebersetzung wurde mit der größten Aufmerksamkeit angehört. Erst vor der englischen Uebersetzung ließen sich der Saal und die anwesenden Gäste in den Wandelhallen beschäftigen durchaus den Saal entsprechenden nachhaltigen Eindruck der Rede des deutschen Außenministers.

Genf, 6. März. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Bauernkrieg für den neuen Völkerbundspalast unterzeichnet.

Die Vielgeschäftigkeit der französischen Saarpropaganda.

E. H. Saarlouis, 6. März 1929.

II.

Nach den parteiloden Kundgebungen, die wir gestern aus dem Artikel des Anonymus in der „Neuen Saar Blatt" gegeben haben, sahen wir heute mit einigen weiteren wörtlichen Uebersetzungen dieses köstlichen Traktatchens fort, das eine ernsthafte kritische Widerlegung um so weniger erfordert, als es keine Zweckpsychose ist und an den Warnung für hanzösische Gegenwartspolitik bilden soll.

„Als 1924 hatten unsere Zugeneigen den Staat, den preußischen Beharr in Kohlenförderung und -ausfuhr zu sorgen. Aber die Verhältnisse ändern gewiß nicht, man muß sie auch verfassen. — — Wir wollen hier darüber nicht diskutieren, ob es möglich oder unmöglich war, eine Wirtschaftspolitik vorzunehmen. (?) Aber wie wollen hier sagen, daß eine solche gerade Linie vermißt wird, da man aufmerksam ein Produktionsprogramm von 20 Millionen Tonnen aufstellte, um es später auf 13 Millionen zu begrenzen. Wie bei der Wirtschaftsordnung, so war auch hier ein Mangel an Beharrlichkeit. Dieser geist ist auch deutlich, man Belegsmaßnahmen mit französischen Interessen, Beschränkungen und Photographieren der französischen Gebiete einrichtet, um die Saarer mehrere aufzuhetzen. Es war auch ein Mangel an Beharrlichkeit, als man im Jahre 1919 eine französisch-saarländische Umstellung organisierte, die zu nichts führte — und man die später keine neue folgen ließ. Es wäre besser gewesen, niemals eine Propagandaerklärung herauszu e ch, da man beginnt, die man beleh, wieder wieder ignoriert — Wieder kommt der Verfassungsentwurf zu der Erörterung, da ich das Problem der Aufnahme der Probleme der beiden Kammern Schwerlandstelle durch den französischen Markt unter viele Oberhaftsfest erfordert hätte. Aber „es gab keine Wirtschaftspolitik, keine Finanz- und keine allgemeine Politik. Was wir überlegung, was wir wollten? — Sollten wir uns auf die Nationalisten oder auf die Legitimisten, auf die Bürgertum oder auf die Arbeiter stützen? Sollten wir eine Universität schaffen, unsere großen Schulen der saarländischen Jugend öffnen oder aber die ihre Studien fortsetzt die Kleinst nationalen lassen? Daten unsere Leuten den saarländischen Jugendlichen Kultur einer reifen Erziehung? An all diese Fragen scheint gar niemand gedacht zu haben." — Es wird dann hernach vermieden, wie unsere ja es war, ein saarländisches Milieu zu schaffen. „Wie kann die besten Gründe erfolgster Verwaltung und politischer Führung, um in Frankreich Beziehung das Saargebiet zum Kleinstaat zu zwingen, wie es auch often ausgesprochen wurde, nur Wert. Aber wir lesen und die Geschichtsbücher entgegen." Schließlich werden noch die katholischen Gewerkschaften erwähnt, die von der Kampf gegen die französischen Schulen gekommen, sowie die Gewerkschaften, die immer noch über Bergen von Bedenken und Sitten erhalten können.

Daß solche Kapitel sicher kein mit der Regierungskommission, die alle Lande und zu ihm und nicht gelesen habe. „Die Verwaltungsfähigkeit der Regierung wie die infinitiale Arbeit der Informationsbüros war immer wieder und verdient unsinnigerhaftes Lob; aber die politische Aktivität wurde vermißt. Die Sonne hat keine Kräfte Kungen an der Zeit und verfolgt Propaganda ein gute Gelegenheit, um die Welt gegen den französischen Imperialismus aufzuspeien. — — Im Jahre 1923 herrschen die politischen Parteien und die bürgerlichen Zeitungen zum Streit, und beleidigten Frankreich und die Regierungskommission. — Diese wurmerz zweideutigen Worte, die die Lerzge verfolgt, d. h. die (Berichtigung) Natur erzeugt reine." Aber das Nichtsein Frankreichs sei doch auch den Streit gefährlich bewungrungen, nur habe man in Anschauungen den Saarbund mit in die Schlacht geworfen und die Tatsache ist